



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Bonny David / Emonet Gaétan
Eine spezielle Ankündigung

2023-GC-4

I. Anfrage

Die kürzlich erfolgte Ankündigung der möglichen Ernennung von Georges Godel zum Verwaltungsratspräsidenten der Cremo AG empört und beunruhigt.

Die Cremo AG erlebt schwierige Zeiten. Die Produktionsstätten in Steffisburg und Lucens wurden bereits geschlossen bzw. stehen kurz vor der Schliessung. Das Unternehmen muss seine Produktionsanlagen anpassen und hat Schwierigkeiten, ausreichende Milchmengen zu erwerben. Es stellt sich sogar die Frage, ob die Cremo AG noch das Vertrauen der Produzenten genießt.

Eine innovative und langfristige strategische Vision ist von entscheidender Bedeutung, um die Übernahme eines grossen Teils der von Freiburger Landwirten produzierten Milch zu gewährleisten und Arbeitsplätze zu sichern.

Die Lebensmittelindustrie ist eine der wichtigsten Achsen des gegenwärtigen und zukünftigen Wirtschaftsgefüges des Kantons Freiburg. Die Wirtschaftsförderung macht sie zu einem ihrer Steckenpferde.

Die Nachricht über die Ernennung von alt Staatsrat Georges Godel ist beunruhigend und erschreckend in einer Zeit, in der sich die Cremo AG in einem zunehmend wettbewerbsorientierten Umfeld positionieren muss. Georges Godel hat den Kanton Freiburg krämerhaft, ohne eine echte Zukunftsvision, verwaltet, was besorgniserregend ist.

Zudem hat die Veröffentlichung seines Buches unmittelbar nach seinem Rücktritt aus der Regierung einen irreversiblen Rufschaden verursacht und viele im Kanton verärgert. Zudem liess Georges Godel, dessen goldener Ruhestand von den Freiburgerinnen und Freiburgern bezahlt wird, sein Werk in Italien drucken, was für die lokalen Unternehmen traurig ist, vor allem weil es sich um einen ehemaligen Staatsrat handelt.

Daher ist es wirklich erstaunlich, dass die Personen, die Georges Godel an die Spitze der Cremo AG drängen, sich dieses Imageschadens, den Godel erlitten hat, nicht bewusst sind. Schliesslich setzt sich das Unternehmen mit dieser Ernennung einem potenziellen Boykott der Cremo-Produkte durch eine sehr verärgerte Freiburger Bevölkerung aus.

Zusammenfassend ersuchen wir den Staatsrat darum, einerseits seine Verbindungen zum Unternehmen Cremo AG offenzulegen. Andererseits möchten wir angesichts ihrer Bedeutung für die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie des Kantons Freiburg wissen, wie der Staatsrat zu dieser Ernennung steht.

16. Januar 2023

II. Antwort des Staatsrats

Einleitend ist festzuhalten, dass Georges Godel an der ausserordentlichen Generalversammlung vom 3. Februar 2023 tatsächlich in den Verwaltungsrat der Cremo AG gewählt und vom Verwaltungsrat im Anschluss daran zum Präsidenten ernannt wurde.

Der Staat Freiburg besitzt Aktien der Cremo AG. Insgesamt wurden über die Freiburger Strafanstalt (Standort Bellechasse) und Grangeneuve, die beide Milchproduzenten sind, 1300 Franken investiert. Diese Aktien entsprechen 0,008 % des Aktienkapitals der Cremo AG, das sich auf 17 294 700 Franken beläuft. Es muss daher festgestellt werden, dass die Beteiligung des Staates Freiburg bescheiden ist und es ihm nicht ermöglicht, in der Generalversammlung Einfluss auszuüben. Im Übrigen ist der Staat nicht im Verwaltungsrat vertreten.

Der Staatsrat erfuhr von einer möglichen – und später der tatsächlichen – Ernennung von Georges Godel zum Verwaltungsratspräsidenten der Cremo AG aus den Medien, ebenso wie die Bevölkerung. Georges Godel trat am 31. Dezember 2021 aus dem Staatsrat zurück und ist seitdem im Ruhestand. Die Cremo AG ist eine privatrechtliche Aktiengesellschaft, die dem Obligationenrecht unterstellt ist. Es ist somit nicht Aufgabe des Staatsrats, die Entscheidungen ihrer Generalversammlung oder ihres Verwaltungsrats oder die Zusammensetzung ihrer Organe zu kommentieren.

Was das Buch von Jean-Marc Angéloz betrifft, für das er vier Jahre lang Gespräche mit Georges Godel geführt hat, verweist der Staatsrat vollständig auf seine Mitteilung vom 26. Januar 2022. Im Übrigen will er sich nicht zu den Strafbefehlen äussern, die am 23. März 2023 von der Staatsanwaltschaft ausgesprochen wurden.

4. April 2023